



Pressemitteilung

Berlin / Lüneburg, 25.01.2008

Aktuell zum neuen Gentechnikgesetz:

Bauern setzen auf gentechnikfreie Märkte

„Wir wollen weiterhin unsere gentechnikfreien Qualitätsmärkte sicher bedienen, deshalb gehen wir in die Offensive und gründen Gentechnikfreie Regionen“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. Janßen weiter: „Wir setzen auf bäuerliche Selbsthilfe gegen die schleichende Verunreinigungsstrategie der Gentechnik-Konzerne. Mittlerweile gibt es 176 Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, 28.400 Bäuerinnen und Bauern haben eine freiwillige Selbstverpflichtung unterschrieben, dass sie keine Gentechnik auf dem Acker einsetzen. Sie bewirtschaften über 1,1 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche. Wir rufen alle Berufskollegen auf, nicht auf die Versprechen der Gentechnikindustrie und den vermeintlichen Sicherheitsabständen des Gentechnikgesetzes reinzufallen, sondern diese kritisch zu hinterfragen und auch weiter verantwortlich mit der Saat und dem Acker umzugehen.“

„Die gentechnikfreie Bewegung erhält erfreuliche Unterstützung aus der Wirtschaft,“ so Annemarie Volling, AbL-Koordinatorin der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland. „Zahlreiche Verarbeitungsunternehmen fordern von der Politik Rahmenbedingungen, die auch zukünftig den Bezug von gentechnikfreien Rohstoffen ohne Mehrkosten sicher stellen. Über 800 Brauereien setzten auf das Reinheitsgebot und wollen auch weiterhin Bier ohne Gentechnik produzieren. Bundesweit haben Bäcker über 3 Millionen Brottüten mit dem Aufdruck `Ährensache – ohne Gentechnik` über ihre Tresen gereicht. Erste Metzger-Innungen wie in Fürth und bäuerliche Qualitätsfleischprogramme wie Neuland und Schwäbisch-Hällische setzen zudem auf gentechnikfreie Fütterung der Tiere.“

Die AbL kritisiert, dass diesen klaren Signalen aus der Land- und Lebensmittelwirtschaft im neuen Gentechnikgesetz keine Rechnung getragen wird. „Es werden Abstände festgeschrieben, die unsere Äcker und Ernten nicht ausreichend vor einer schleichenden Gentechnik-Verunreinigung schützen. Diese können dann auch noch durch so genannte „private Absprachen“ unterlaufen werden. Der Haftungsanspruch bleibt für die meisten zu erwartenden Schadensfälle ungeklärt: Anstatt per Gesetz sicherzustellen, dass für jeglichen Schaden ab Vermarktungsausfall – und das ist in der Praxis maximal 0,1 % GVO-Verunreinigung – auch gehaftet wird, werden die betroffenen Bauern im Regen stehen gelassen. Eine Entscheidung wird langjährigen Gerichtsprozessen überlassen. Zudem werden die Mehrkosten für Trennung und Analysen denjenigen aufgebürdet, die auf gentechnikfreie Produktion setzen, anstatt die Gentechnik-Anwender in die Kostenpflicht zu nehmen. Das ist Wettbewerbsverzerrung und konterkariert die Wahlfreiheit“, so Volling. „Wir haben ein Recht auf gentechnikfreie Land- und Lebensmittelerzeugung. Dafür kämpfen wir.“ Die AbL fordert die Bundesregierung auf, dem Beispiel anderer EU-Staaten wie Österreich, Ungarn, Polen, Griechenland, Slowakei und Frankreich zu folgen und die Aussaat von Gentechnik-Mais im Frühjahr zu verbieten, erläuterte Janßen abschließend.

V.i.S.d.P.: Georg Janßen, AbL-Büro, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, Tel. 04131/407757
Annemarie Volling, Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, Tel: 04131/400720,
www.gentechnikfreie-regionen.de